

Bemerkungen zur Hochkonjunktur

Autor(en): **Spühler, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **30 (1951)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336594>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bemerkungen zur Hochkonjunktur

(Wirtschaftschronik vom 20. Juni 1951, vorgetragen am Radio Zürich)

Die verflossenen Monate weisen alle Zeichen einer weiterhin ansteigenden Hochkonjunktur auf. Diese vollzieht sich im Rahmen eines allgemeinen Aufschwunges der weltwirtschaftlichen Konjunktur.

Am sinnfälligsten kommt der wirtschaftliche Aufschwung in der Schweiz im Außenhandel und in der Bautätigkeit zum Ausdruck. In den vergangenen fünf Monaten Januar bis Mai sind für 2618 Millionen Franken Waren eingeführt worden gegenüber 1456 Millionen in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die Einfuhr ist sowohl wert- als mengenmäßig höher als jemals gewesen. Das Handelsdefizit, das heißt der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, ist denn auch mit 775 Millionen Franken siebenmal größer als im Vorjahr. Die starke Einfuhr ist nach wie vor diktiert von der unverminderten Sorge um die Beschaffung von Rohmaterialien, Hilfsstoffen und Fabrikaten für die Sicherung der Landesversorgung und für die Erfüllung der großen Aufträge, welche das Ausland der schweizerischen Industrie erteilt hat. Wenn in den letzten Monaten Motorräder und Automobile in überhaupt noch nie erreichter Zahl eingeführt wurden, so ist das nicht nur ein Ausdruck gesteigerter geschäftlicher Tätigkeit, sondern vielmehr noch des guten Verdienens. Die Zunahme des Exportes ist allgemein, neben den Uhren am augenfälligsten bei Maschinen, Instrumenten und Apparaten sowie bei den Erzeugnissen der chemischen Industrie. Der Ausfuhrwert der letzten fünf Monate beträgt 1843 Millionen Franken, er ist um 40 Prozent höher als in derselben Zeit des Vorjahres.

Neben dem Außenhandel ist die große Bautätigkeit der wichtigste Hinweis für die gegenwärtige Hochkonjunktur. Die Wohnungsproduktion des Jahres 1950 erreichte bekanntlich nahezu den bisherigen Höchststand von 1948. Die Zahl der Baubewilligungen der letzten Monate ist höher als jemals früher. Diese Steigerung der Bautätigkeit rührt nicht zuletzt auch von der Zunahme der industriellen Bautätigkeit her. Die Erhebung des Delegierten für Arbeitsbeschaffung ergab ein geplantes Bauvolumen, welches dasjenige des Vorjahres, das schon ein Maximum darstellte, um einen Fünftel überstieg. Der Delegierte hat deshalb mit Recht zu größter Zurückhaltung in der Ausführung von Bauten gemahnt. Wenn diese Mahnung in erster Linie an die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden gerichtet worden ist, so nur

deswegen, weil Motiv ihres Handelns nicht das Gewinnstreben ist, sondern die Wahrung öffentlicher Interessen. Es wird aber von den Behörden als unbefriedigend empfunden, wenn dringende Bauvorhaben auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege, der Erziehung, der sozialen Fürsorge usw. nicht zur Ausführung gelangen dürfen, während auf dem privatwirtschaftlichen Gebiet Fabrikerweiterungen, Modernisierung von gewerblichen Räumen und der Bau von mit letztem Komfort ausgestatteten Geschäftshäusern ohne jede Einschränkung vorgenommen werden. Denn die Zunahme der Bauvorhaben gegenüber dem Vorjahr beträgt beim öffentlichen Bau nur 14 Prozent, beim Wohnungsbau 25 Prozent, beim gewerblich industriellen Bau hingegen 42 Prozent. Diese Zunahme der langfristigen Investitionen, die auch in hohen Maschinentransporten und in den großen inländischen Aufträgen an die Maschinenindustrie zum Ausdruck kommt, erscheint, auf lange Sicht betrachtet, nicht unbedenklich. Denn diese Ausdehnung der Produktionskapazität läßt sich auch in allen andern Ländern feststellen. Sie muß bei einem Rückgang der Nachfrage zu einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz führen.

Der anhaltende Konjunkturanstieg kommt auch in der Zunahme des industriellen Beschäftigungsgrades zum Ausdruck. Wenn die Beschäftigungslage von den Betriebsinhabern selber für mehr als drei Viertel der Industrie als gut bezeichnet wird, darf dies bei der bekannt zurückhaltenden Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage als sicheres Merkmal der Hochkonjunktur gewertet werden. Ein gleiches Anzeichen ist die wachsende Knappheit der Arbeitskräfte, weshalb den Fabrikbetrieben im ersten Quartal zweieinhalbmal so viele Überstunden bewilligt werden mußten wie im Vorjahr. Der Zuzug von fremden Arbeitskräften hat sich namentlich in der Maschinenindustrie, im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, im Haushalt und im Gastgewerbe erheblich verstärkt.

Diese wenigen Hinweise auf die wichtigsten Merkmale der Hochkonjunktur lassen die Frage, wem diese denn in erster Linie Nutzen bringt, unbeantwortet. An den Vorteilen einer gesunden wirtschaftlichen Belebung dürften im großen und ganzen alle Volksschichten beteiligt sein. Es ist aber offensichtlich, daß über diesen allgemeinen Nutzen hinaus einzelne Wirtschaftsgruppen unverhältnismäßig große Vorteile aus der Konjunktur ziehen. Es liegt in der Natur des privatwirtschaftlichen Systems, das auf dem Preismechanismus von Angebot und Nachfrage beruht, daß in Konjunkturzeiten der Verkäufer von Waren, angefangen beim Produzenten bis zum Verkäufer auf der letzten Handelsstufe, eine starke Position in der Preisforderung einnimmt und überdurchschnittliche Gewinne erzielt. Es liegt wiederum in der

Natur des privatwirtschaftlichen Systems, daß die Vorteile der erzielten hohen Preise und der überdurchschnittlichen Gewinne dem Betriebsinhaber, dem Unternehmer zufallen, nicht aber den Arbeitern und Angestellten, die auf Grund von vertraglich festgesetzten Löhnen ihre Arbeitskraft dem Unternehmen zur Verfügung stellen. Selbst wenn die Arbeitslöhne auf Grund des guten Geschäftsganges und Ertrages eines Unternehmens steigen, so geschieht das immer erst mit erheblichem zeitlichem Abstand hinter den erzielten höheren Erträgen. Je weiter einer vom Kommandohebel eines Unternehmens entfernt ist, desto später und sparsamer erreichen ihn die Gewinne, die dem Unternehmen außerordentlicherweise zufallen. Wie wenn ein Stein ins Wasser fällt, sich die Wellenbewegung nach außen immer mehr verliert, so ist es auch mit dem Anteil der Arbeit am Konjunkturgewinn des Unternehmens. Vereinfacht gesagt: Konjunkturgewinne sind Unternehmergewinne. Diese Feststellung entspricht der praktischen Erfahrung und der wissenschaftlichen Überlegung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Daran ändert auch der Umstand nichts, wenn in einer Aktiengesellschaft die Konjunkturgewinne den Aktionären nicht in Form höherer Dividenden zufließen, sondern zu Abschreibungen nicht nur alter, sondern auch neuer und oft sehr umfangreicher Betriebsanlagen und zu beträchtlichen Reservestellungen verwendet werden. Der sogenannte innere Wert der Aktie wird dadurch vermehrt und gegenüber eventuellen Ertragsschwankungen stabilisiert, womit auch ihr Kurswert an der Börse sich festigt. Ob Konjunkturgewinne auf diese Weise oder zu Dividendenerhöhungen oder als Sonderzulagen und Gratisgenußscheine Verwendung finden, darüber entscheidet das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Aktionärgruppen einer Gesellschaft. Am Grundsätzlichen, daß Konjunkturgewinne zu einer Stärkung des Unternehmens, beziehungsweise zum hauptsächlichsten Vorteil der Aktionäre, also des Kapitals führen, wird dadurch nichts geändert.

Auch die Tatsache, daß in Zeiten ausgesprochener Konjunktur die sogenannten Sozialzuwendungen an Fürsorgeeinrichtungen des Personals usw. vermehrt werden, ist gar kein entscheidender Beweis für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten in der Konjunktur. Sehr häufig geben übrigens steuerpolitische Überlegungen Anstoß zu solchen Zuwendungen, da die Fondsgelder selbst der Unternehmung weiterhin für ihre Zwecke zur Verfügung stehen.

Wenn etwa mit dem Hinweis, daß der durchschnittliche Kapitalertrag mit der Teuerung nicht Schritt gehalten habe, Dividendenerhöhungen begründet werden sollen, so geht ein solcher Vergleich zwischen der nominellen Steigerung der Löhne und der verhältnismäßigen Stabilität der Dividendensätze

völlig fehl. Und wenn versucht werden sollte, die Kapitalerhöhungen als «Anpassung an die allgemein verbesserte Wirtschaftslage» zu rechtfertigen, so wird auf der andern Seite gefragt werden, ob und inwieweit auch die Lohn- und Gehaltsempfänger einen solchen Anteil am höheren Wirtschaftsertrag erzielten. Diese Frage wird leicht beantwortet werden können. Es ist unbestritten und geht aus den amtlichen Statistiken unzweideutig hervor, daß die Nominallöhne seit über einem Jahr ziemlich stabil geblieben sind. Andererseits haben in derselben Zeit die Kosten der Lebenshaltung fühlbar zugenommen. In den letzten zwei Monaten hat die Teuerung eine Verschärfung erfahren. Der Lebenskostenindex hat im Mai den Stand von 166 im Vergleich zu 1939 überschritten. Weitere allgemeine Preiserhöhungen sind mit Sicherheit zu erwarten. Insbesondere die Mietpreise werden spätestens im Herbst eine weitere fühlbare Erhöhung erfahren.

Weit davon entfernt, den Arbeitern und Angestellten einen Anteil an den Konjunkturgewinnen gebracht zu haben, hat für diese die gegenwärtige Wirtschaftskonjunktur im Gegenteil zu einer Reallohneinbuße geführt. Wenn man vollends berücksichtigt, daß in den letzten Jahren zahlreiche Unternehmungen technische und organisatorische Verbesserungen durchgeführt haben, womit es möglich wurde, die Produktion stärker zu steigern, als die Vermehrung der Beschäftigtenzahl vermuten ließe, so wird noch sinnfälliger, daß die heutige Konjunktur bisher zu einer erheblichen *Verschärfung* des sozialen Abstandes der Bevölkerungsschichten der Selbständigen in Handel, Industrie und Gewerbe einerseits und der Unselbständigen andererseits geführt hat. Eine Korrektur wird unumgänglich. Die Befürchtung, daß die volle Lohnanpassung zu einem inflatorischen Auftrieb führen könnte, ist auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht begründet.

HARALD HUBER

Zum Problem des Frauenstimmrechts

(Votum im Nationalrat, 13. Juni 1951)

Herr Wick hat mich zum Kommissionsreferenten promoviert und seine eigene Stellung als Kommissionspräsident dazu benützt, in ziemlich langen Ausführungen gegen das Frauenstimmrecht Stellung zu nehmen. Ich muß Ihnen sagen, daß ich nicht von der Kommission beauftragt bin, die Motion